



Eine halbe Stunde lang schaut sich der Kanzlerkandidat der SPD die Meissner AG in Wallau an (v.l.): Betriebsratsvorsitzender Ewald Achenbach, Vorstandsvorsitzender Tilman Löffelholz, Vorstandsmittglied Karl-Hermann Plank, Bundestagsabgeordneter Sören Bartol, Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier und Meissner-Mitarbeiter Gerd Kuhli. (Fotos: Richter)

# Alle sollen Arbeit haben

## Frank-Walter Steinmeier besucht Meissner AG in Wallau

**Biedenkopf-Wallau (bün).** „Sören Bartol - ihre Stimme in Berlin“, steht in großen Buchstaben auf dem dunkelroten VW Touran, der vor der Meissner AG in Wallau parkt. Doch genau diese Stimme könnte verstummen, wenn der SPD-Bundestagsabgeordnete im Wahlkreis Marburg-Biedenkopf kein Direktmandat holt. Deshalb ist der SPD-Kanzlerkandidat an diesem Dienstagnachmittag im Hinterland zu Besuch und unterstützt den 34-jährigen Genossen. „Er weiß, dass es bei mir um alles oder nichts geht“, sagt Bartol.

Den Betrieb haben die Sozialdemokraten mit Bedacht ausgewählt. Denn seine Insolvenz konnte vor zwölf Jahren nur abgewendet werden, indem die Mitarbeiter ihr eigenes Geld in den Betrieb steckten und Anteile zeichneten. „Dieses Unternehmen ist ein sozialistischer Betrieb“, erläuterte Vorstandsvorsitzender Tilman Löffelholz dem Vizekanzler und Außenminister denn sogleich zu Beginn des Besuchs im Foyer. Noch heute sei es so, dass neben einem „Großaktionär“ die Mitarbeiter rund zwei Drittel der Anteile halten.

Sodann ging es auf einen etwa 30-minütigen Rundgang durch den Betrieb, der im Vorhinein genau ausgeklügelt worden war: Wo Löffelholz anhält, hatten die Mitarbeiter Namensschilder. Markus Weigel, Christoph Trust und Joa-

chim Liehr zeigten beispielsweise, wie die Konstruktionsabteilung arbeitet, Erich Bamberger gewährte einen kurzen Einblick ins Fräsen und Auszubildender Michael Prohaszka demonstrierte die Nacharbeit am Werkstück.

Frank-Walter Steinmeier zeigte sich locker und gelöst, schüttelte Christoph Schwarz aus Breidenstein im Vorübergehen die Hand (Schwarz: „Unter Genossen kennt man sich halt“) und klopfte den Mitarbeitern jovial auf die Schulter, wenn's denn weiterging. Immer wieder fragte er interessiert und sachkundig nach. „Ich wünsche Ihnen ja das Beste“, scherzte Löffelholz, „aber wenn es nicht klappt, können Sie hier gerne einsteigen“.

Nach dem Programm stand ein Gespräch mit rund 30 Gästen aus Politik und Wirtschaft auf dem Programm. Detlef Ruffert und Werner Hesse waren ebenso vertreten wie Uwe Hainbach von der Industrie- und Handelskammer Lahn-Dill sowie Frank Interthal von der Kreishandwerkerschaft Biedenkopf. Mit dem gleichen Anliegen meldeten sich Löffelholz und Hainbach zu Wort.

Die Wirtschaftskrise habe auf Seiten der Politiker vielfach eine pauschale Managerschelte zur Folge, beklagte der Meissner-Vorstandsvorsitzende. Mit in seinen Augen schlimmen Konsequenzen: Bei vielen Menschen entstehe so der Eindruck, das System der Sozialen Marktwirtschaft sei schlecht.

Dabei sei das Gegenteil der Fall, wie Hainbach betonte: Die Soziale Marktwirtschaft habe die Bundesrepublik zu einer der wohlhabendsten Gesellschaften der Welt gemacht.

■ Vizekanzler hält es für möglich, vier Millionen Arbeitsplätze zu schaffen

Der SPD-Kanzlerkandidat nutzte die Gelegenheit, die Arbeit der Bundesregierung in der Wirtschaftskrise und den von ihm im Wahlkampf vorgelegten Deutschland-Plan zu verteidigen. Durch Umweltpremie, Konjunkturprogramme und Kurzarbeitergeld sei es gelungen, viele Arbeitsplätze zu erhalten. Nun komme es jedoch darauf an, weitere Schritte zu gehen und „realistische Visionen“ für das nächste Jahrzehnt zu entfalten.

„Wir brauchen ein ehrgeiziges Ziel“, betonte der 53-jährige Sozialdemokrat, „und das Ziel ist Vollbeschäftigung.“ Rund vier Millionen neue Arbeitsplätze müsse man organisieren, um das Ziel bis 2020 zu erreichen. Investitionen in Bildung und Forschung sind dazu laut Steinmeier ebenso nötig wie die Förderung des Mittelstands. Und der SPD-Kanzlerkandidat betonte es gleich mehrfach: „Das ist ein realistisches Ziel.“



Frank-Walter Steinmeier diskutiert eine dreiviertel Stunde mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft.